

2030

Donación
Dr. Enrique Petracchi

RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTEN

HERAUSGEGEBEN VON

L. ADAMOVICH, WIEN · A. VERDROSS-DROSSBERG, WIEN · K. WOLFF, WIEN

3

**GRUNDRISS
DES
ÖSTERREICHISCHEN
VERFASSUNGSRECHTS**

VON

DR. LUDWIG ADAMOVICH

O. Ö. PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT WIEN
PRÄSIDENT DES ÖSTERREICHISCHEN VERFASSUNGSGERICHTSHOFS

VIERTE
NEUBEARBEITETE AUFLAGE



WIEN · SPRINGER-VERLAG · 1947

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

	Seite
I. Übersicht über die geschichtliche Entwicklung des österreichischen Verfassungsrechts	
1. Die Entwicklung in der österreichisch-ungarischen Monarchie	
a) Die Bildung der österreichisch-ungarischen Monarchie . . .	1
b) Die Entwicklung bis zur Dezemberverfassung d. J. 1867 . . .	6
c) Die Dezemberverfassung v. J. 1867	16
2. Die Entwicklung in der Republik Österreich	
a) Provisorische und Konstituierende Nationalversammlung . .	20
b) Die Bundesverfassung v. 1. Oktober 1920 und ihre Fortentwicklung	26
c) Die Verfassung 1934	29
3. Die Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich	33
4. Das Wiedererstehen der Unabhängigkeit Österreichs	36
5. Die völkerrechtliche Stellung Österreichs	41
II. Quellen und Literatur des österreichischen Verfassungsrechts	
1. Übersicht über die Rechtsentwicklung in Österreich	45
2. Die Quellen des österreichischen Verfassungsrechts	50
3. Gesetzessammlungen	55
4. Literatur zum österreichischen Verfassungsrecht	57

Erstes Hauptstück

Die leitenden Grundsätze der Verfassung

1. Das demokratische Prinzip	62
2. Das bundesstaatliche Prinzip	67
3. Das rechtsstaatliche Prinzip	70

Zweites Hauptstück

Bund und Länder

A. Bundes- und Landesgebiet	
1. Die Bundes- und Landesgrenzen	74
2. Änderungen des Bundes- und Landesgebietes	77
B. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	
1. Die allgemeinen Grundsätze für die Aufteilung der staatlichen Funktionen	78

	Seite
2. Die allgemeine Verteilung der Zuständigkeiten in Gesetzgebung und Vollziehung	80
3. Die Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Abgabewesens	87
4. Die Verteilung der Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Volkswesens	91
5. Die Kompetenz-Kompetenz	93
6. Delegation und Devolvierung der Zuständigkeiten	93
7. Garantien für die Einhaltung der verfassungsgesetzlichen Kompetenzverteilung	96
8. Die Frage der Bundesexekution	98
C. Das Verhältnis zwischen den Ländern	
1. Allgemeine Grundsätze	101
2. Die Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes aller Länder	103
Drittes Hauptstück	
Die staatliche Organisation	
A. Die Volksvertretungen	
I. Die allgemeinen Grundsätze für die Einrichtung der Volksvertretungen	105
II. Die Volksvertretungen für den Bereich des Bundes	
a) Der Nationalrat	
1. Zusammensetzung und Wahl	108
2. Geschäftsleitung	117
3. Wirkungskreis	123
b) Der Bundesrat	
1. Zusammensetzung und Wahl	126
2. Geschäftsleitung	128
3. Wirkungskreis	130
c) Die Bundesversammlung	
1. Zusammensetzung und Geschäftsleitung	131
2. Wirkungskreis	132
III. Die Volksvertretungen für den Bereich der Länder	
Die Landtage	
1. Zusammensetzung und Wahl	133
2. Geschäftsleitung	135
3. Wirkungskreis	137
IV. Die Stellung der Mitglieder der Volksvertretungen	
1. Das Prinzip des freien Mandates	139
2. Die Immunität	139
3. Inkompatibilitätsgründe	142
4. Die Aufwandsentschädigung	144

B. Die Organe der Vollziehung	
I. Die allgemeinen Grundsätze für die Organisation der Vollziehung	
1. Die Scheidung der Vollzugsorgane in Organe der Verwaltung und in Organe der Gerichtsbarkeit	145
2. Der Grundsatz der Trennung der Justiz von der Verwaltung	147
II. Die Organe der Verwaltung	
a) Allgemeine Grundsätze	
1. Grundzüge der Organisation der Verwaltungsbehörden	149
2. Die organisatorische Scheidung von Bundes- und Landesverwaltung	151
b) Die rechtliche Stellung der in der Verwaltung tätigen Personen	
1. Scheidung in gewählte und in berufsmäßige Organe und das demokratische Prinzip der Verwaltungsorganisation	157
2. Die obersten Organe der Verwaltung	
a) Die allgemeine verfassungsrechtliche Stellung der obersten Organe der Verwaltung	159
β) Der Bundespräsident	162
γ) Die Mitglieder der Bundesregierung	173
δ) Die Staatssekretäre	179
e) Die Mitglieder der Landesregierungen	180
3. Die berufsmäßigen ernannten Organe der Verwaltung	
Die allgemeine dienstrechtliche Stellung der berufsmäßigen ernannten Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden	186
c) Die Dienststellen der Bundes- und Landesverwaltung	
1. Die Dienststellen der Verwaltung des Bundes	189
2. Die Dienststellen der Verwaltung der Länder	198
3. Die Dienststellen der Stadt Wien	203
d) Die Einrichtungen der territorialen Selbstverwaltung	
1. Die Einrichtung der Ortsgemeindeverwaltung	204
2. Die Städte mit eigenem Statut	213
3. Autonome Bezirksverbände	215
III. Die Organe der Gerichtsbarkeit	
1. Grundzüge der Gerichtsorganisation	216
2. Die Zusammensetzung der Gerichtsbehörden	218
3. Die Zusammensetzung des Verwaltungsgerichtshofes und des Verfassungsgerichtshofes	220
4. Die Stellung der richterlichen Organe	225

Viertes Hauptstück

Die Ausübung der staatlichen Funktionen

	Seite
A. Die allgemeinen Grundsätze für die Ausübung der staatlichen Funktionen	
I. Die Einteilung der staatlichen Funktionen	229
II. Das Verhältnis zwischen den staatlichen Akten des Bundes und der Länder	231
B. Das Verfahren der Gesetzgebung	
I. Das Verfahren der Bundesgesetzgebung	
1. Das Verfahren der einfachen Bundesgesetzgebung	233
2. Das Verfahren der Verfassungsgesetzgebung des Bundes	238
II. Das Verfahren der Landesgesetzgebung	
1. Das Verfahren der einfachen Landesgesetzgebung	240
2. Das Verfahren der Verfassungsgesetzgebung der Länder	243
III. Die unmittelbare Teilnahme des Volkes an der Bundes- und Landesgesetzgebung	
1. Die Formen einer unmittelbaren Teilnahme des Volkes	244
2. Das Volksbegehren	245
3. Die Volksabstimmung	247
IV. Der Wirksamkeitsbeginn der Gesetze	250
C. Das Verfahren der Verwaltung	
I. Die leitenden Grundsätze für die Führung der Verwaltung	252
II. Das Verfahren bei Erlassung von Verordnungen	
1. Allgemeine Grundsätze	255
2. Die vorläufigen gesetzändernden Verordnungen des Bundespräsidenten	259
III. Der Abschluß der Staatsverträge	262
D. Das Verfahren der Gerichtsbarkeit	
Die allgemeinen verfassungsgesetzlichen Grundsätze	266

Fünftes Hauptstück

Die Kontrolle der Gesetzgebung und Vollziehung

A. Die politische Kontrolle	269
B. Die finanzielle Kontrolle	
1. Die jährliche Festsetzung des Voranschlages für die finanzielle Gebarung	272
2. Die Kontrolle der Gebarung	277
C. Die rechtliche Kontrolle	
1. Die Verantwortlichkeit der Verwaltungsorgane	282

	Seite
2. Kontrolle der Verwaltung durch den Verwaltungsgerichtshof	
a) Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes	284
b) Verfahren des Verwaltungsgerichtshofes	290
3. Kontrolle der Gesetzgebung und Verwaltung durch den Verfassungsgerichtshof	
a) Übersicht über die Kompetenzen des Verfassungsgerichtshofes	293
b) Der Verfassungsgerichtshof als Kausalgerichtshof	293
c) Der Verfassungsgerichtshof als Kompetenzgericht	294
d) Der Verfassungsgerichtshof als Verordnungsprüfungsgericht	298
e) Der Verfassungsgerichtshof als Gesetzesprüfungsgericht	303
f) Der Verfassungsgerichtshof als Wahlgerichtshof	309
g) Der Verfassungsgerichtshof als Staatsgerichtshof	312
h) Der Verfassungsgerichtshof als Sonder-Verwaltungsgerichtshof	314
i) Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof	316

Sechstes Hauptstück

Staatsbürgerschaft und staatsbürgerliche Rechte

A. Die Staatsbürgerschaft	
I. Begriff und Inhalt der Staatsbürgerschaft	317
II. Die Entwicklung des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechtes	
1. Die Staatsbürgerschaftsgesetzgebung der früheren Monarchie	320
2. Die Staatsbürgerschaftsgesetzgebung der ersten Republik	322
3. Die Staatsangehörigkeit während der Besetzung Österreichs durch das Deutsche Reich	325
4. Das neue österreichische Staatsbürgerschaftsrecht	
a) Die Überleitung in die neue Ordnung	326
b) Erwerb und Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft nach geltendem Recht	329
B. Die Grund- und Freiheitsrechte	
I. Begriff und Bedeutung der Grund- und Freiheitsrechte	334
II. Grundrechte der Einzelperson	
1. Der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz	337
2. Die persönliche Freiheit	344
3. Die Unverletzlichkeit des Hausrechtes	346
4. Schutz des Briefgeheimnisses	347
5. Die Freiheit des Aufenthaltes	348
6. Das Recht auf das Verfahren vor dem gesetzlichen Richter	350

	Seite
III. Die Grundrechte des Gemeinschaftslebens	
1. Das Vereins- und Versammlungsrecht	351
2. Das Petitionsrecht	352
3. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Preßfreiheit	352
IV. Die Grundrechte der Religion und der Religionsgesellschaften	
1. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit	353
2. Die Rechtsstellung der Religionsbekenntnisse	357
V. Die Grundrechte der Bildung und Schule	359
VI. Die Grundrechte des wirtschaftlichen Lebens	
1. Unverletzlichkeit des Eigentums	361
2. Recht des Erwerbes von Liegenschaften	362
3. Freiheit der Liegenschaften von unablösbaren Leistungen	364
4. Freiheit der Erwerbsbetätigung	364
VII. Die Grundrechte der Minderheiten	365